



NEWSLETTER BERLIN



ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 17/2003 70. gesamt

17.10.2003

Zurück zu den Inhalten - Jetzt die Agenda 2010 vertreten

Der Bundestag hat die Reformgesetze der Agenda 2010 erfolgreich beschlossen. Die OECD hat Deutschlands Reformpolitik gelobt und sagt ein Wachstum der Wirtschaft bis zu zwei Prozent in 2004 voraus.

Im Dezember wird dann über die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat abzustimmen sein. Dann entscheidet sich endgültig, ob die Koalition den notwendigen Reformkurs durchhalten kann.

In den letzten Wochen hat die SPD den Eindruck vermittelt, vor allem mit sich selbst beschäftigt zu sein. Das hat auch dazu geführt, dass die Medien kaum mehr über die Inhalte der Reformpolitik berichtet haben, sondern die Diskussion mit den sogenannten Abweichler beliebig personalisieren konnte. Das hat zu den dramatischen Einbrüchen der SPD in den Umfragen geführt.

Jetzt ist es für die SPD an der Zeit, endlich über die Inhalte der Agenda 2010 zu sprechen, für die Re-

formpolitik zu werben. Die SPD muss sich nicht dafür schämen, die Reformpolitik begonnen zu haben, die SPD hätte sich schämen müssen, wenn sie sich vor den notwendigen Reformen gedrückt hätte.

Jetzt müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von den Chancen sprechen, die unsere Reformen für die Menschen schaffen, über die Risiken spricht ja der politische Gegner. Einige Beispiele für die neuen Chancen:

Mit der Modernisierung des Handwerksrechts, der Ich-AG, der Entbürokratisierungskampagne und dem Kreditprogramm für kommunale Investitionen und Wohnraumsanierung schaffen wir die Chancen auf wesentlich mehr Existenzgründungen und damit auf mehr Jobs.

Arbeitssuchende werden besser betreut. Ein Vermittler kümmert sich in Zukunft nur noch um 75 Arbeitssuchende. Zum Arbeitslosengeld II kann mehr als früher dazu verdient werden, um so den Einstieg in einen neuen

Job zu erleichtern. Über eine Millionen erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger werden durch das Arbeitslosengeld II erstmals in die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einbezogen.

Mit der Gemeindefinanzreform verbessern wir die Lage der Kommunen und ermöglichen so den Erhalt und den Ausbau der örtlichen Infrastrukturen. Zusätzliches Geld des Bundes fließt in Ganztagschulen und Kleinkindbetreuung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.



Themen in dieser Ausgabe:

- Jetzt den Blick nach vorn
- Exportweltmeister
- Versicherungsfond
- Föderalismuskommission

Deutschland ist wieder Exportweltmeister

Mit einem Anstieg der Exportquote von knapp 2 Prozent ist Deutschland jetzt wieder Exportweltmeister vor Japan. Insbesondere die Automobilindustrie (70 Prozent aller Modelle werden exportiert) und der Maschinenbau (60 Prozent Exportanteil) haben – neben der Dollarschwäche – dazu beigetragen.

Entscheidender Schwachpunkt der deutschen Konjunktur ist nach wie vor die Binnennachfrage. Nach Einschätzung der Chefvolkswirte der Dresdener Bank kann diese aber ab dem nächsten Jahr um rund 2 Prozent wachsen, wenn die Steuerreform vorgezogen wird und die Absenkung der Krankenkassenbeiträge gelingt. Beides würde zu einer Entlastung der Lohnneinkommen um 17 Milliarden Euro führen und damit die Binnennachfrage nachhaltig stärken.

Schutz der Versicherten hat Priorität - Sicherungsfonds bringt Vertrauen

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hatte sich im Vermittlungsverfahren zum Steuervergünstigungsabbaugesetz darauf verständigt, für Veräußerungsgewinne und Veräußerungsverluste von Lebens- und Krankenversicherungen noch im Laufe dieses Jahres neue steuerliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Protokollklärung der Bundesregierung vom 4. April 2003, auf die CDU-Ministerpräsident Wulff und der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Kauder, anlässlich der Verabschiedung des Vermittlungsergebnisses zum Steuervergünstigungsabbaugesetz im Bundesrat und Bundestag hingewiesen haben, sieht eine solche Regelung in Ziffer 3 vor.

Die Koalition hat diesen

Auftrag im so genannten Korb II-Gesetz, mit dem die genannte Protokollklärung umgesetzt wird, erfüllt. Ab dem Veranlagungsjahr 2004 können steuerliche Verluste bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen steuerlich berücksichtigt werden. Ab dem Veranlagungsjahr 2003 ist das nur dann möglich, wenn in diesem Jahr nicht genutzte Verluste weder nach 2003 zurück- noch nach 2004 vorgetragen werden. Natürlich werden Veräußerungsgewinne dann auch wieder steuerpflichtig. Bund und Länder können daher bereits für 2003 mit Steuereinnahmen von rund 400 Millionen Euro rechnen.

Vor dem Hintergrund der zum Teil schwierigen Situation einiger Versicherungsunternehmen, die stark von der Börsensituation abhängig sind, ist eine solche Lösung nicht

nur vertretbar, sondern im Sinne eines Schutzes der Versicherten und ihrer Policen sogar geboten. Zwar bürgt die von der Versicherungsbranche eingerichtete Auffangesellschaft Protektor grundsätzlich für die Erfüllung der Verträge, diese Sicherung ist aber nicht gesetzlich fixiert.

Aus diesem Grund haben die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung in einem Entschließungsantrag aufgefordert, eine gesetzliche Regelung vorzuschlagen, um die vertraglichen Ansprüche der Versicherten gegenüber den Versicherungsunternehmen zu sichern. Das ist notwendig, um das Vertrauen der Versicherten in die Erfüllbarkeit ihrer Policen zu stärken und das wird auch der Branche selbst zum Vorteil gereichen.

Föderalismus-Kommission eingesetzt

Bundestag und Bundesrat haben beschlossen, eine Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung einzusetzen. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Erneuerung unseres Landes.

Ziel ist es, die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern neu zu organisieren, Zuständigkeiten wieder klarer zu machen.

Politischer Aufbruch braucht klare Verantwortung. Er braucht Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden, eindeutige Zuordnung der Zuständigkeiten der staatlichen Ebenen, einen starken Bundesgesetzgeber Bundestag, Raum für Subsidiarität und Eigenverantwortung. Bürgernähe. Mehr Vernetzung, weniger Hierarchie. Optimierung der Finanzströme der öffentlichen Hände.

Unter Vorsitz von Franz Müntefering und Edmund Stoiber nimmt die Kommission im November ihre Arbeit auf und soll bis zur Mitte des nächsten Jahres Vorschläge zur Reform des Bundesstaates Deutschland vorlegen.



Karikatur: Klaus Stüttmann

Kontakt:
 Bundestagsbüro Berlin
 Platz der Republik 1 (UdL 50)
 11011 Berlin
 Tel: 030 – 227 700 26
 Fax: 030 – 227 76 008
 Email: ulrich.kelber@bundestag.de
 Internet: www.kelber.de

SPD-Bürgerbüro Bonn
 Clemens-August-Str. 64
 53115 Bonn
 Tel: 0228 – 280 31 35
 Fax: 0228 – 280 31 36
 Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de